



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ergebnis der französischen Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Ergebnis der französischen Wahlen.



Die Abgeordnetenwahlen in Frankreich, deren endgiltiges Ergebnis seit einer Woche vorliegt, zerfielen in zwei Akte, die ihrem Wesen und ihrer Wirkung nach wesentlich von einander unterschieden waren. Der erste war ein überraschender, vielfach beunruhigender Sieg, der zweite eine starke Ausgleichung und Beschränkung der Erwartungen, die sich an denselben knüpften. Aber wenn die Stichwahlen vom 18. Oktober das Resultat der Wahlen des 4. wesentlich änderten und einerseits im Inlande, anderseits im Auslande manchem das Herz erleichterten, der den Fortbestand der Republik wünschte und ihn durch die Letztern in Frage gestellt fand, so bleiben auch nach dem 18. Oktober noch Befürchtungen genug übrig, welche die Abgeordnetenwahl als Ganzes im Lichte eines Ereignisses erscheinen lassen, das eine Wendung im Leben der Republik nach dem Niedergange hin erkennen läßt, mag die Krisis auch noch Jahre auf sich warten lassen.

„Die Mehrheit der gebildeten Franzosen — so schrieb Hillebrand, einer der besten Kenner unsrer westlichen Nachbarn, vor zwölf Jahren — ist im Grunde gemäßigt liberal in ihren Ansichten, aber sie weiß dieselben nur auf zwei Weisen geltend zu machen: durch Verbindung mit der blind konservativen oder mit der blind revolutionären Menge, wobei sie immer nur eine Seite ihrer Anschauungsweise bethätigen kann und immer der Gefoppte der extremen Interessen wird. Sieht man ab von den zufälligen Parteinamen und Parteigruppierungen, so wird man vier Hauptgruppen unterscheiden, welche sich das ganze Jahrhundert hindurch wenig geändert haben. Bonapartismus und Republikanismus, Legitimismus und Orleanismus sind vorübergehende Bezeichnungen, mit denen sich verschiedene Parteien und Interessen schmücken, deren Bedeutung jedoch unaufhörlich wechselt. Die vier Hauptgruppen aber, in die sich das französische Volk

dauernd teilt, sind: die stockkonservative Masse des Landvolkes, der gebildete und wohlhabende Bürgerstand der Provinz, der immer oppositionelle Pariser von mehr oder minder Bildung und Geist, endlich die destruktive Masse der Arbeiter in Paris und andern großen Städten. Der Zahl nach — und dies ist wichtig in einem Lande des allgemeinen Stimmrechts — ist die konservative Masse die bedeutendste, ihr folgt die destruktive, dieser die liberal-konservative, die wenigst zahlreiche ist die der Pariser Opposition.“

Das gilt noch heute, und darnach haben wir das Resultat des 4. und des 18. Oktober zu beurteilen. Die ersten Wahlen wurden allgemein als ein mächtiger Sieg der Konservativen, der vereinigten monarchischen Parteien aufgefaßt, die sich zum großen Teil der Unterstützung der Geistlichkeit erfreuen, welche in manchen Departements das Landvolk beinahe ausschließlich beeinflußt und am Bande führt. Der konservative und kirchlich gesinnte französische Bauer ließ fühlen, daß er auch noch da, und daß er mit dem neuen Mittel des Listenfrutiniums in der Hand gewillt sei, seiner Meinung und seinen Wünschen bei der Gesetzgebung und Regierung mehr Stimme und Gehör zu verschaffen, als man ihm bis jetzt zugestehen mußte. Näher betrachtet, blieb der Ausgang der Abstimmung vom 4. Oktober zwar ein sehr erheblicher Erfolg der Monarchisten, aber er sah doch mehr wie eine Niederlage des Ministeriums und der bestimmten Partei aus, welche durch dasselbe regierte und Vorteile für sich daraus zog. Man erfuhr, daß mehrere Mitglieder des Kabinetts des Präsidenten Grevy bei ihrer Bewerbung um ein Mandat durchgefallen seien, und erwartete, andre würden dasselbe Schicksal haben, und das Ministerium Brissson werde infolgedessen zusammenbrechen wie das Ministerium Ferry. Man bemerkte ferner, daß neben den Monarchisten auch deren Antipoden, die Radikalen, durch die Wahl auf Kosten der Opportunisten Sitze, und zwar ebenfalls viel mehr Sitze in der Kammer genommen hatten, als sie bis jetzt besaßen. Die einzige Partei, welche verloren hatte, war die, welche in den letzten zehn Jahren die Gewalt in den Händen gehabt und davon einen Gebrauch gemacht hatte, welcher der Mehrheit derer, die am 4. Oktober an den Stimmurnen erschienen, nicht gefiel, und welcher in der That nach vielen Richtungen hin Ausstellungen zuließ. Wenn man sah, daß die Wählerschaften fast über ganz Frankreich hin in großer Zahl ihre Stimmen für Gegner des Kabinetts Brissson abgaben, die einen, weil sie Konservative, die andern, weil sie Radikale waren, so mußte man wohl schließen, daß bei den einen wie bei den andern der Verdruß über die Irrwege, Mißgriffe und Niederlagen, über die ganze innere und äußere Politik der opportunistischen Minister mehr mit dem Ergebnisse der Wahl zu thun hatte als die Erwartung irgendwelcher Vorteile vonseiten ihrer Nachfolger, mochten sie diesen oder jenen politischen Glauben zur Herrschaft bringen. Natürlich lag Vorliebe für die monarchische Staats- und Regierungsform zu grunde, wenn viele Kandidaten gewählt wurden, welche ihre Hineigung zu einem oder dem

andern Prätendenten und ihre Verbindung mit seinen Parteigängern kaum verhehlt oder offen bekannt hatten, aber im großen und ganzen konnte man schon bei der ersten Wahl sagen, daß Frankreich dadurch nicht so sehr Feindschaft gegen die Republik als solche, als Unzufriedenheit mit der Klasse von Republikanern kundgegeben habe, welche den Staat in den letzten Jahren verwaltet hatte. Es war ein Tadelsvotum gegen die Epigonen Gambettas, in erster Reihe gegen das Regiment Ferrys, und man behauptet nicht zu viel, wenn man dasselbe in vielen Beziehungen verdient und in andern wenigstens begreiflich nennt. Die Freunde des Friedens zwar konnten Ferry Dank wissen, daß er sich mit dem deutschen Reiche auf guten Fuß stellte, aber anderseits führte er eine ganze Anzahl kleiner Kriege, die weder Ruhm noch andre Vorteile brachten, im Verdachte standen, solche nur für spekulirende Kapitalisten herbeiführen zu sollen, und die Finanzen sowie die Menschenkraft des Landes unaufhörlich stark in Anspruch nahmen, sodaß die Armee geschwächt und teilweise desorganisiert wurde und die ohnehin sehr erhebliche Staatsschuld Frankreichs sich beträchtlich steigerte. Dazu kam vielfache Mißwirtschaft in den innern Angelegenheiten. Seine kleinliche Verfolgung der Geistlichen und Klosterleute, die Beleidigung der Kirche überhaupt, die seine Amtsführung bezeichnete, seine Versuche, die Schulen zu säkularisieren, umso verdrießlicher für weite Kreise, als sie ebenfalls kostspieliger Natur waren, mußten einzeln betrachtet schon viel Unzufriedenheit hervorrufen, und machten ihm, als Ganzes genommen und mit seiner fast durchweg unfruchtbaren überseeischen Politik zusammengehalten, alle Parteien, nur seine eigne nicht, zu erbitterten Gegnern. Andre opportunistische Ministerpräsidenten, die, welche ihm vorangingen, und sein Nachfolger, sind teilweise gleichfalls verantwortlich für diese Politik unruhiger Strebsamkeit und zweckloser oder zweckwidriger Abenteuer; aber Ferry war länger am Ruder als irgendein französischer Parteiminister seit 1871, und so richtete sich das Verdikt, das am 4. Oktober gegen die ganze Geschäftsführung der Gambettisten erging, naturgemäß gegen ihn. Daß die Wähler bei ihrem Urteile mehr auf die Fehler der jetzt regierenden Gruppe der Republikaner als auf die Verdienste ihrer Gegner sahen, ergibt sich deutlich aus den Umständen. Royalisten, Imperialisten, Radikale, gleichviel, wo ein Politiker im Rufe stand oder durch seine Wahlrede bekannte, ein Widersacher der Opportunisten zu sein, so vereinigte er in der Regel die Mehrzahl der Stimmen um seinen Namen. Gewiß stimmte ferner, wie schon angedeutet, ein großer Teil der Wähler für das politische Programm, welches der Monarchie vor der demokratischen Republik den Vorzug giebt, aber das Gesamtergebnis der Wahlen vom 4. Oktober schloß keineswegs den Wunsch ein, eine bestimmte Persönlichkeit auf dem Throne von Frankreich zu sehen. Die Kundgebung trug also keinen streng praktischen, sondern mehr einen theoretischen oder, wie die Diplomaten sich ausdrücken, einen akademischen Charakter, und das verstand sich bei der Beschaffenheit der Prätendenten, um die sich allein handeln konnte, von

selbst. Der Prinz Napoleon ist, wie von Anfang seines Auftretens als solcher, so auch jetzt und für die Zukunft unmöglich. Prinz Viktor hat infolge seines schwächlichen und schwankenden, durchaus unzuverlässigen Wesens ebensowenig Aussicht, sich einmal den Bienenmantel um die Schultern legen und sich die Krone des ersten und des dritten Napoleon aufs Haupt setzen zu dürfen. Der Graf von Paris, ein Ludwig Philipp ohne dessen Gewandtheit in Ränken, ohne dessen ehrgeizigen Mut, ohne irgendwelche königliche Eigenschaften, ist fast so gut wie unbekannt und würde, wenn er mit Ansprüchen hervortreten wollte, niemand Begeisterung einflößen. Es waren Konservative oder richtiger Reaktionäre, nicht Bonapartisten oder Orleanisten, welche am 4. Oktober bewirkten, daß zweihundert antiministerielle Kandidaten mit monarchischer Färbung als Abgeordnete aus der Zählung der Stimmen hervorgingen. In der That, ihre Wähler hatten ihre dynastischen Fahnen ins Futteral zu stecken, um ihre Streitkräfte vereinigen und die Mehrheit gewinnen zu können.

Wenn nun Frankreich berechtigt war, die Politik der Opportunisten durch die Wahlen zu mißbilligen, so konnte man ihm zu diesem vorläufigen Ausgange des Wahlfeldzuges doch nicht gerade Glück wünschen. Man sagte sich: Was sich auch an jener Politik tadeln läßt, die Träger derselben sind im Vergleiche mit den Anhängern Clemenceaus und nun gar mit den Extremen von der Farbe Rocheforts, dieses Irrlichts über dem tiefsten Sumpfe der Pöbelherrschaft, achtungswürdige und maßvolle Männer. Ihre Partei, welche die Mitte einnimmt und sich ebenso entschlossen gegen die Sozialdemokratie und die politischen Roten als gegen den Royalismus und die Reaktion wendet, hat schwere Verluste erlitten und wird wahrscheinlich in der nächsten Abgeordnetenversammlung wenig mehr als ein Drittel der Sitze einnehmen. Die Radikalen werden nicht ganz ein Drittel der Versammlung bilden. Die Royalisten der verschiedenen Schattirungen werden wahrscheinlich die stärkste Gruppe sein. Einige Wählerschaften haben die Fahne der Mittelpartei verlassen, um sich der monarchischen Rechten anzuschließen, andre, um sich zur äußersten Linken, zu den Roten zu schlagen. Das ist kein gutes Omen für Frankreich. Es wird, wenn die Stichwahlen die Mittelpartei weiter schwächen sollten, entweder ein Ministerium annehmen müssen, das sich auf ein gefährliches radikales Programm verpflichtet hat, oder Reaktionäre am Ruder zu dulden haben, die wie die Genossen Mac-Mahons im Jahre 1873 für eine Restauration wirken. Entwickeln die zur Linken und die zur Rechten ihre Kräfte weiter auf Kosten des Zentrums, so wird das Land nach einiger Zeit entweder die rothe Fahne oder eine monarchische über sich wehen sehen. Welche dann zuerst aufgepflanzt wird, hat nicht allzuviel zu bedeuten, denn der Sieg der einen extremen Partei muß über kurz oder lang den der andern zur Folge haben, d. h. eine Monarchie muß bei den Franzosen schließlich zu einer Revolution führen, da sie bei diesen keine andre als eine parlamentarische Parteiregierung sein kann, und eine rote Republik würde die Mehrheit in Frankreich

balb bewegen, einen General zur Bändigung des Pöbels mit königlicher oder kaiserlicher Machtvollkommenheit zu bekleiden. Eine zu Hause duldsame, nach außen hin friedliche Republik, eine solche, welche ihre Aufgabe in sparsamem Umgehen mit den Finanzen und in ruhiger Entwicklung der Kräfte des Volkes erblickt hätte, würde die Wunden allmählich geheilt haben, welche Napoleon des Dritten frivoler Krieg mit Deutschland dem Körper Frankreichs geschlagen hat. Thiers hatte eine solche im Sinne, aber die Männer, die seine Nachfolger in diesem Bestreben hätten sein sollen, gerieten unter den störenden Einfluß Gambettas und erbten von ihm sein Bedürfnis, nach außen hin Sensationspolitik zu treiben, und in betreff des Innern seinen Haß gegen die Kirche. Diese Männer haben jetzt eine große Niederlage erlitten, und vielleicht — so sagte man sich bis zum 18. Oktober — wird dieselbe durch den Ausgang der notwendig gewordenen zahlreichen Stichwahlen noch größer.

Der zweite Akt des Schauspiels hat diese Möglichkeit nicht zur Thatfache werden lassen, er ist günstiger für die Opportunisten, günstiger mittelbar auch für die Zukunft der Republik ausgefallen als der erste. Erschrocken über deren mehr anscheinende als wirkliche direkte Gefährdung durch die Siege der monarchischen Parteien, gaben die verschiedenen Lager der Republikaner die Parole vereinten Widerstandes gegen diese aus, und anderseits unterließ jetzt auch die Regierung nicht, nach Möglichkeit auf die Wahlkörper einzuwirken und die Einwirkung antirepublikanisch gesinnter Beamten auf dieselben zu verhindern. Sie hatte vor den ersten Wahlen geradezu ein Verbot an ihre Präfekten und Maires erlassen, sich irgendwie in die Wahlen zu mischen. Durch den Mißerfolg solcher Enthaltksamkeit belehrt, daß es damit nicht ging, daß diese Tugend zwar gut zu der liberalen Theorie, aber schlecht zur Praxis, zu den Interessen des Liberalismus paßte, ging sie diesmal einen andern Weg und befolgte den Rat, den ihr Ranc, der Freund Gambettas, im Voltaire erteilte, einen Rat, der diesen französischen Fortschrittsmännern nicht schön zu Gesicht stand, und der für uns lehrreich ist, weshalb wir ihn uns merken wollen, zumal da unsre Fortschrittspartei einmal in ähnlicher Weise ihre Grundsätze verleugnete. Man erinnert sich, daß sie 1861, wo sie sich bildete, im Hinblick darauf, daß das damalige liberale Ministerium viele Gegner unter seinen Beamten duldet, folgende Deklaration in ihr Programm aufnahm: „Für unsre innern Einrichtungen verlangen wir eine feste liberale Regierung, welche es versteht, ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt unnachsichtlich Geltung zu verschaffen.“ Ähnlich jetzt der französische Glaubensgenosse der Herren Birchow und Richter. Er sagte der Regierung, ihre Neutralität gegenüber dem Wahlkampfe, der korrekte und konsequente Liberalismus, mit dem sie den Beamten der Republik bis hinab zu den Schulmeistern und Steuereinnehmern jede Beteiligung an der Sache untersagt habe, sei schädlich gewesen, indem er nicht verhindert habe, daß reaktionäre Beamte zum Schaden der Republik thätig gewesen seien, worauf er

fortfuhr: „Heute ist jedermann zu der Erkenntnis gelangt, daß ein Beamter der Republik die Pflicht hat, sie zu verteidigen.“ Das Ministerium gab ihm Recht und verfuhr darnach, indem es eine Reihe von Maires und Adjunkten absetzte, die am 4. Oktober die Konservativen begünstigt hatten. Unter den Gemäßigten befinden sich ein Maire, der die republikanischen Wahlaufhänge von den Mauern abreißen ließ, ein Adjunkt, der den Befehl gab, royalistische Wahlplakate auf das Bret zu heften, welches bloß für amtliche Bekanntmachungen bestimmt war, ein bretonischer Beamter, der an der Thür des Abstimmungslokals die reaktionäre Liste austeilte und den Wählern in strengen Worten verbot, für die republikanischen Kandidaten zu stimmen, und eine Anzahl korsikanischer Maires, die neben der Wahlurne den Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ ausgestoßen hatten.

Dieses Vorgehen des Ministers des Innern that seine Wirkung, noch mehr aber der Umstand, daß die in Opportunisten, Leute des linken Zentrums und Radikale gespaltenen Republikaner sich für die Stichwahlen wirklich einigten, und daß die Arbeiterpartei und die Revolutionäre sich diesmal an der Wahlschlacht nur in geringer Zahl beteiligten. Es war nicht leicht, alle Anhänger der Republik angesichts der Gefahr einer zweiten Niederlage unter einen Hut zu bringen, aber es gelang wenigstens zum großen Teil, und so erlangten bei der Abstimmung am 18. Oktober zwar nicht die Opportunisten, wohl aber die Republikaner als Gesamtheit die entschiedene Mehrheit. Bei den 304 endgültigen Wahlen des 4. Oktober hatten nur 127 republikanische Kandidaten gesiegt, dagegen waren den Monarchisten 177 Mandate zugefallen, und nur 14 Departements hatten lauter republikanische, 20 dagegen lauter monarchisch gesinnte Abgeordnete gewählt. Von den 27 Departements, in denen nun Stichwahlen bevorstanden, hatten 16 nur Republikanern, 8 nur Monarchisten, 3 dagegen einer aus beiden Gruppen gemischten Vertretung ihre Stimmen gegeben. In den übrigen Departements, wo die Stichwahl sämtlichen Deputirten galt, sollte am 18. Oktober über 166 Kammeritze die Entscheidung fallen. Man rechnete dabei, nach Herstellung der Eintracht unter den Hauptgruppen der Republikaner, auf ein Gesamtergebnis der beiden Wahlhandlungen, welches $177 + 25 = 202$ Konservativen oder Reaktionären $127 + 185 = 312$ Republikaner gegenüberstellen würde, sodaß letztere in der Deputirtenkammer über eine Mehrheit von 110 Stimmen verfügen könnten, und das ist am 18. Oktober noch überboten worden. Die Stichwahlen in Frankreich selbst ergaben 208 republikanische und 26 konservative Abgeordnete, und die Wahlen in den Kolonien werden die Zahl der erstern wahrscheinlich auf 388 anwachsen lassen. In der neuen Kammer werden neben 203 Reaktionären wenigstens 382 Republikaner sitzen, welche letztern in etwa 230 Opportunisten und sonstige Gemäßigte und ungefähr 150 Radikale zerfallen. Die Wahlen haben also erheblich günstiger für die Republikaner geendigt, als zwischen dem 4. und dem 18. Oktober erwartet wurde.

Deshalb aber mit dem opportunistischen Temps zu frohlocken und zu behaupten, der 18. Oktober habe den Monarchisten eine Lektion erteilt und die republikanischen Gesinnungen des Landes bestätigt, war wenig Ursache. Zunächst ist zu beachten, daß von etwa neun Millionen Wahlberechtigten 8082216 ihre Stimmen abgaben, daß davon 1986315 oder 24 Prozent auf radikale, 2193219 oder 27 Prozent auf opportunistische oder sonstige den Mittelparteien angehörige, dagegen nicht weniger als 3471197 oder 43 Prozent auf reaktionäre Kandidaten fielen, und daß man den größten Teil der Wahlberechtigten, welche der Stimmurne fern blieben, den Monarchisten beizuzählen Grund hat. (431485 Stimmen oder 2 Prozent fielen auf solche Kandidaten, die gar keiner Partei angehörten.) Die Monarchisten ferner sehen durch den Ausfall der Wahlen ihre Reihen sehr wesentlich verstärkt, und wenn sie an vielen Orten siegten, so geschah dies, weil die republikanische Gesinnung des Landes hier schwach war; denn sie hatten ja nicht die Macht in den Händen, nicht die Mittel der regierenden Partei, die den Republikanern zu Gebote standen. Die Opportunisten, die einzige Partei, welche infolge ihrer vergleichsweise maßvollen Denkart und Politik die Republik vor Wegen bewahren kann, welche sie in Übertreibungen und durch diese zum Untergange führen müssen, geht bedeutend geschwächt aus dem Wahlsfeldzuge hervor. Sie hat viele Kammerfische an die Monarchisten abgeben müssen, zugleich aber an die Radikalen, die Partei, welche jene verhängnisvollen Wege eingeschlagen wissen wollen. Diese Partei hat sich mit den gemäßigten Republikanern für die Stichwahlen verbunden, aber sicherlich nur für diese. Sie bekämpfte die Opportunisten in der vorigen Kammer und in ihrer Presse leidenschaftlich, und wird den Kampf gewiß nicht aufgeben, weil ihre Gegner schwächer geworden sind. Sogar die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß Radikale und Monarchisten bei Gelegenheit für einige Zeit zusammentreten, um den Sturz der herrschenden Opportunisten, der mit den Wahlen begonnen hat, zu beschleunigen und so die Bahn zu ihrem eignen letzten Ziele freier zu machen. Clemenceaus Republik wird bald unerträglich und dann bald keine Republik mehr sein, also helfen wir Clemenceau und Genossen in die Ministerfessel, könnten die Monarchisten sagen, und Clemenceau und Genossen würden sich vermutlich kein Gewissen daraus machen, sich helfen zu lassen. Daraus ergibt sich allerdings für die nächste Zeit noch keine unmittelbare Gefahr für die Republik, wohl aber die Unmöglichkeit, eine feste und berechenbare Regierung zu bilden, die bisher schon fehlte und in Zukunft noch weniger herzustellen sein wird. Nach außen hin muß diese Verschlimmerung der Dinge zunächst die Wirkung haben, daß die Republik noch unzuverlässiger und daß ein Bündnis mit ihr noch weniger ratsam erscheinen wird als in dem letzten Jahrzehnt, und was sie für eine Wirkung auf die innern Angelegenheiten haben wird, entzieht sich vor der Hand jeder Voraussage. Wahrscheinlich ist nur, daß die neue Deputiertenkammer nicht von langer Dauer sein wird. Auch das Ministerium

Brissson wird es, wie man zu sagen pflegt, nicht lange mehr machen. Schon haben zwei seiner Mitglieder, der Ackerbauminister Legrand und der Handelsminister Hervé-Mangon, sowie die Unterstaatssekretäre Herault und Rousseau, weil sie nicht wieder zu Abgeordneten gewählt worden sind, dem Präsidenten Grevy ihr Entlassungsgesuch eingereicht, und dasselbe ist angenommen worden.

So beginnt an verschiedenen Stellen die Auflösung oder liegt wenigstens schon merklich in der Luft. Und wie steht es mit der Republik überhaupt? Es war allerdings unter dem Eindrucke der Wahlen vom 4. Oktober, wenn ein angesehenes republikanisches Blatt in Paris sagte: „Zum erstenmale hat die Republik Boden verloren, sie scheint ihr kritisches Alter erreicht zu haben.“ Es wird nach dem 18. weniger Bedenken empfinden, und auch wir wollen uns hüten, zu schwarz zu sehen. Aber zu viel Vertrauen wäre auch nicht am Orte. In Frankreich haben Staatsformen, Regierungssysteme und Parteiführer mehr als anderswo, Spanien vielleicht ausgenommen, ihre Zeit, wo sie populär sind, und ihre Zeit, wo sie mißliebig werden, sich verbraucht haben und den Wunsch nach einer Veränderung erwecken und immer lebendiger werden sehen. In der ersten Zeit der großen Revolution dauerten diese Lebensperioden nur Monate, das Direktorium währte einige Jahre, das Regiment des ersten Napoleon brachte es auf vierzehn, die Restauration auf fünfzehn, die orleanistische Monarchie auf achtzehn Jahre, das zweite Kaiserreich auf ein gleiches Alter. Die Republik vom September 1870 hat nunmehr anderthalb Dezennien gelebt und beginnt jetzt zu welken wie ihre Vorgänger. Sie hat offenbar unter dem Volke an Ansehen eingebüßt. Sie hat nicht geleistet, was man von ihr hoffte. Eine Ära kleiner Leute ist angebrochen. Niemand hat Einfluß genug, um die politischen Kräfte des Landes um sich zu vereinigen. Auch der Präsident Grevy vermag das nicht. Er wird übrigens seine Vollmacht am 30. Januar des nächsten Jahres an den dann zusammenzuberufenden Kongreß zurückgeben müssen, da dann das Septennat, für das sie ihm übertragen wurde, abgelaufen sein wird. Lebten Gambetta und der General Chanzy noch, so hätte die Wahl wohl nur zwischen diesen beiden geschwankt. Jetzt hat niemand unter den Größen der dritten Republik Aussichten, sein Nachfolger zu werden. Ferry steht ganz außer Frage, Brissson hat, seit er Minister ist, an Beliebtheit verloren, Freycinet, durch Charakter, Intelligenz und Bildung mehr als andre empfohlen, wird unter den Kandidaten für die Präsidentschaft jetzt kaum genannt. Grevy scheint nur selbst geneigt zu sein, eine Wiederwahl anzunehmen, und er soll das bereits erklärt haben. Er glaubt, wie es heißt, daß sein Patriotismus es ihm zur Pflicht mache, im Amte zu bleiben, da dies die Konzentrirung und Vereinigung der republikanischen Kräfte des Landes, auf welche die Opportunisten ohne Unterlaß hinweisen, erleichtern werde. Ob diese Ansicht von der Bedeutung seiner Persönlichkeit wohl zutreffen wird? Bis jetzt haben wir keinen genügenden Grund gesehen, sie uns anzueignen, auch ist Präsident Grevy

kein Mann mehr in den Jahren, wo man mit der Zukunft rechnen kann, und wo man Verwicklungen mit Energie zu begegnen imstande ist. Es sieht trübe aus im Westen.



Das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte.

2. (Schluß.)



ir haben in dem ersten Artikel eine Zusammenstellung der Fälle gegeben, in welchen der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte im Laufe von fünf Jahren thätig gewesen ist. Diese Zusammenstellung dürfte schon an sich ein gewisses allgemeines Interesse haben. Wir wollen aber auch noch einige Betrachtungen daran knüpfen.

Die Stellung eines Rechtsbeistandes der Parteien im Prozesse kann ganz verschieden gedacht werden. Man kann davon ausgehen, daß grundsätzlich die Partei sich selbst im Prozesse zu vertreten habe, und daß, wenn sie einen Beistand oder Vertreter sich wähle, dies lediglich ihre Sache sei. Die Konsequenz dieses Gedankens würde nicht allein die sein, daß die Partei von jedem Anwaltszwange frei wäre, sondern auch, daß jede Partei, selbst im Falle ihres Sieges, die Kosten eines von ihr angenommenen Rechtsbeistandes aus eigener Tasche zu tragen hätte. Dann brauchte man weder eine Gebührenordnung noch eine Disziplinarordnung für die Parteivertreter. Die Partei, welche einen solchen annähme, thäte es lediglich auf ihre Gefahr und ihre Kosten, und es könnte ihr überlassen bleiben, ihr Verhältnis zu demselben durch Vereinbarung zu sichern. Unsere Gesetzgebung geht aber von einem andern Grundsatz aus. Schon die Bestimmung, daß in der Verpflichtung zum Kostenersatz auch die Pflicht, die Gebühren eines von der Gegenpartei angenommenen Rechtsanwaltes zu ersetzen, begriffen sei, läßt die Annahme eines solchen als ein vollkommenes Recht jeder Partei erscheinen. Aber dieses Recht wird in allen wichtigeren (landgerichtlichen) Sachen auch zur Pflicht, weil in diesen das Gesetz die Vertretung der Parteirechte durch einen Anwalt fordert. (Nur der Anwaltsstand hat das Privileg, daß seine Mitglieder sich selbst im Prozesse vertreten dürfen.) Durch diesen Anwaltszwang ist der Anwalt ein ergänzendes Glied der gesamten Rechtsordnung geworden. Er ist gerade so notwendig im Prozesse wie der Richter. Zwingt nun das Gesetz die Rechtsuchenden, sich zur Verteidigung ihrer Rechte (die sie vielleicht eben so gut selbst üben könnten) sich eines Anwalts zu bedienen, so hat es auch die Pflicht, den Rechtsuchenden in diesem ihnen auf-

Grenzboten IV. 1885.

29